



Detailansicht des Registereintrags

Diakonie Deutschland, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.

Aktuell seit 18.12.2025 10:12:11

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001639
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	18.12.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	05.08.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Caroline-Michaelis-Straße 1 10115 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +4930652110 E-Mail-Adressen: lobbyregister@diakonie.de Webseiten: www.diakonie.de</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

270.001 bis 280.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Rüdiger Schuch

Funktion: Präsident

2. Elke Ronneberger

Funktion: Vorständin Sozialpolitik

3. Dr. Jörg Kruttschnitt

Funktion: Vorstand Finanzen, Personal, Recht

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (53):

1. Katja von Damaros

2. Dr. Peter Bartmann

3. Erika Stempfle

4. Dr. Tomas Steffens

5. Dr. Maike Miriam Grube

6. Dr. Katharina Ratzke

7. Martina Menzel

8. Dr. Sigrid Gronbach

9. Rainer Hub

10. Lea-Friederike Neubert

11. Ingo Grastorf

12. Sonja Schmidt

13. Johanna Thie

14. Heike Scherff

15. Andreas Bartels

16. Johannes Brandstäter

17. Dr. Katharina Voss

18. Wiebke Rockhoff

19. Dr. Sebastian Ludwig

20. Michael David

- 21. Elena Weber**
- 22. Michael Stiefel**
- 23. Frank Hofmann**
- 24. Kathrin Freifrau von Rummel**
- 25. Dr. Friederike Mussgnug**
- 26. Johanna Gary**
- 27. Dr. Stephanie Scholz**
- 28. Falko Behrens**
- 29. Anna-Lena Guske**
- 30. Lars Schäfer**
- 31. Dr. Annett Herrmann**
- 32. Katharina Owczarek**
- 33. Hanna Steidle-Glaßer**
- 34. Anja Remmert**
- 35. Dr. Irene Pabst**
- 36. Dr. Jutta Ataie**
- 37. Stefanie Leich**
- 38. Stefanie Schwarzkopf**
- 39. Robert Werner**
- 40. Maja Kliem**
- 41. Julia Zillinger**
- 42. Joachim Wurtmann**
- 43. Johannes Fremerey**
- 44. Svea von Hübbenet**
- 45. Katharina Gräfe**
- 46. Dr. Marlene Kowalski**
- 47. Jana Achtert**
- 48. Imke Elliesen-Kliefoth**
- 49. Christiane Völz**

50. **Alexander Niessen MA**

51. **Rüdiger Schuch**

52. **Elke Ronneberger**

53. **Dr. Jörg Kruttschnitt**

Gesamtzahl der Mitglieder:

113 Mitglieder am 30.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (32):

1. Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege
2. AG Kinder- und Jugendrehabilitation
3. Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe
4. BAG EJSA e.V. (Ev. Jugendsozialarbeit)
5. BAG für Straffälligenhilfe e.V.
6. BAG Kinder- und Jugendschutz (BAJ)
7. BAG Psychiatrische Krankenhäuser
8. BAG Wohnungslosenhilfe e.V.
9. Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus
10. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
11. Bundesvereinigung Gesundheit (BPGV)
12. Deutsche Krankenhausgesellschaft
13. Deutscher Verein für öffentliche u. private Fürsorge
14. Dt. Gesellschaft für Hauswirtschaft (BAG-HW)
15. EFID Ev. Frauen in Deutschland e.V.
16. Frauenhauskoordinierung e.V.
17. Informationsverbund Asyl e.V.
18. KOK Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.
19. Nationale Armutskonferenz
20. Pestalozzi-Fröhbel-Verband e.V.
21. Verband für Digitalisierung in der Sozialwirtschaft e.V. (Vediso e.V.)
22. Verbraucherzentrale - Bundesverband
23. Klima-Allianz e.V.
24. Bundesverband für Erziehungshilfe e.V.
25. Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder e.V.
26. Bundesverband ev. Ausbildungsstätte für Sozialpädagogik
27. Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)
28. Digital Urban Center for Aging and Health (DUCAH)
29. Evangelische Freiwilligendienste FSJ und DFIA gGmbH
30. TelefonSeelsorge Deutschland e.V.
31. Evangelische Zentralinstitut für Familienberatung gGmbH (EZI)
32. Verband Deutsche Ev. Bahnhofsmission

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (39):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Institutionelle Fragen der EU; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Diversitätspolitik; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Religion/Weltanschauung; Seniorenpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Sonstiges im Bereich "Recht"; Arbeitslosenversicherung; Grundsicherung; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Rente /Alterssicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Klimaschutz; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Diakonie Deutschland ist gemeinnützig und der soziale Dienst der evangelischen Kirchen in Deutschland. Sie ist mitgliedschaftlich organisiert und die Dachorganisation der Diakonie in Deutschland. Sie ist Teil des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung. Unter diesem Dach arbeitet sie eng mit Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe zusammen.

Die Interessenvertretung der Diakonie Deutschland gegenüber Parlament und Regierung dient der Umsetzung des satzungsgemäßen Auftrags des Werkes. Das Werk ist den Zielen verpflichtet, - unterschiedslos allen Menschen beizustehen, die in leiblicher Not, seelischer Bedrängnis, Armut und ungerechten Verhältnissen leben;

- die Ursachen dieser Nöte aufzudecken und zu benennen und zu ihrer Beseitigung beizutragen;
- den kirchlichen Beitrag zur Überwindung der Armut, des Hungers und der Not in der Welt und ihrer Ursachen in ökumenischer Partnerschaft zu gestalten;
- gemeinsam mit den ihn tragenden Kirchen und diakonischen Verbänden in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft für eine gerechte Gesellschaft und eine nachhaltige Entwicklung einzutreten;
- Zeugnis einer gelebten Hoffnung auf das Heil zu geben, das in Jesus Christus allen Menschen verheißen ist.

Die Diakonie Deutschland versteht ihren Auftrag als gelebte Nächstenliebe. Sie setzt sich für Menschen ein, die am Rande der Gesellschaft stehen, die auf Hilfe angewiesen oder benachteiligt sind. Für diese Menschen sind die Dienste und Einrichtungen der Diakonie tätig. Gemeinsam mit den anderen Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege arbeitet die Diakonie Deutschland dafür, dass die Sozialstaatlichkeit des Grundgesetzes gewahrt bleibt und der Staat seiner Pflicht zur Daseinsvorsorge nachkommt. Sie setzt sich für gleichwertige Lebensbedingungen aller Menschen ein und ist sozialpolitische Impulsgeberin. In diesem Sinn setzt sie sich für faire wettbewerbliche Rahmenbedingungen für die gemeinnützigen Sozialunternehmen ein. Um Einfluss auf die politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen des Sozial- und

Gesundheitswesen zu nehmen, entwickelt die Diakonie Deutschland eigene Politikvorschläge und Positionspapiere und bringt ihre Expertise und Praxiserfahrung in den öffentlichen politischen Diskurs ein. Sie bindet von Benachteiligungen betroffene Personengruppen aktiv in ihre Lobbyaktivitäten ein. Sie veranstaltet Fachkongresse und -gespräche und diskutiert ihre politischen Vorschläge mit Mitgliedern und Mitarbeitenden des Bundestages und Vertreter*innen der Bundesministerien. Sie nimmt an Anhörungen teil und kommentiert Gesetzentwürfe.

Konkrete Regelungsvorhaben (56)

1. Nationaler Aktionsplan Wohnungslosigkeit

Beschreibung:

Der NAP Wohnungslosigkeit hat zum Ziel, eine Gesamtstrategie zur Überwindung von Wohnungslosigkeit zu beschreiben. Dabei werden Maßnahmen vorgeschlagen, die mehrere Gesetze betreffen. Die Diakonie schlägt mehrere Änderungen vor, welche Wohnungslosigkeit effektiv bekämpfen könnten.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11200 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Nationaler Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit 2024

Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]; WoBerichtsG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitslosenversicherung [alle RV hierzu]; Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu];

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Grundsicherung [alle RV hierzu];

Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406040030 \(PDF - 4 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versetzt am 21.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [alle SG dorthin]

2. Demokratieförderung

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland setzt sich für ein Demokratiefördergesetz sowie für die Finanzierung der bestehenden Förderprogramme in BMI und BMFSFJ ein.

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

3. Schutz Minderjähriger bei Auslandsehen

Beschreibung:

Es soll eine dauerhafte gesetzliche Regelung in Angriff genommen werden, die die Rechte der von einer unwirksamen Ehe Betroffenen stärken und so das Kindeswohl gewährleisten. Die Diakonie setzt sich auf Grundlage ihrer Praxiserfahrung für das Kindeswohl ein und bringt Vorschläge in den Prozess ein.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11367 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zum Schutz Minderjähriger bei Auslandsehen

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; PStG [alle RV hierzu]; FamFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- SG2406260063 (PDF - 3 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 17.04.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. Verbesserung der Versorgung unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland bringt auf Grundlage ihrer Praxiserfahrungen und Expertise Empfehlungen in gesetzgeberische und ausgestaltende Prozesse in diesem Themenfeld ein, so zum Beispiel im Zusammenspiel zwischen öffentlichen und freien Trägern.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260093 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.05.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
Organe [alle SG dorthin]

5. Prostitutionsschutz/Schutz vor Menschenhandel

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland setzt sich auf Grundlage ihrer umfassenden Beratungserfahrungen für einen verbesserten Schutz Prostituierter und gegen Menschenhandel ein. Dabei setzt die Diakonie auf Maßnahmen zur Weiterentwicklung der bestehenden Gesetzeslage.

Betroffenes geltendes Recht:

ProstSchG [alle RV hierzu]; StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2501280012 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Inklusives SGB VIII

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland setzt sich für ein inklusives Kinder- und Jugendhilferecht ein, das die behinderungsspezifischen Belange von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen einschließlich ihrer Familien angemessen berücksichtigt und Verbesserungen ihrer Teilhabe und Lebensqualität befördern soll.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

7. Rahmenbedingungen für den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland setzt sich dafür ein, dass alle Akteure/Kooperationspartner:innen, im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft, gemeinsam für die Steuerung und Ausgestaltung der ganztägigen Bildung und Betreuung zuständig sind. Ziel ist es, Chancengerechtigkeit zu fördern und allen Kindern das Entfalten ihrer Potenziale zu ermöglichen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Schulische Bildung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- 1. SG2406260077 (PDF - 4 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 13.05.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

8. Teilhabe am Arbeitsmarkt fördern: 16i SGB II

Beschreibung:

Das Förderinstrument nach § 16i SGB II wird von den Jobcentern flächendeckend positiv und als wichtige Ergänzung der Fördermöglichkeiten bewertet. Gleichzeitig verliert der 16i

aufgrund unzureichender Finanzierung im Bundeshaushalt faktisch an Bedeutung. Die Diakonie Deutschland und der evangelische Fachverband für Arbeit und soziale Integration (EFAS) fordern einen Gesetzesentwurf für eine Weiterentwicklung des Instrumentes und fordern deutlich mehr finanzielle Mittel bereitzustellen, um mehr langzeiterwerbslosen Menschen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406260150](#) (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.04.2024 an:

Bundestag

Faktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

9. Pflegereform

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland setzt sich für umfassende Maßnahmen zur Reformierung der Pflege ein: in der Finanzierung, bei Rahmenbedingungen und in der Anerkennung von Pflegeleistungen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Pflege [alle RV hierzu]; Pflegeversicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2406260151](#) (PDF - 20 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Faktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. SG2406260155 (PDF - 14 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Faktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

10. Suizidprävention**Beschreibung:**

Suizidprävention ist ein wichtiger zu regelnder Bereich. Unter anderem legte die Bundesregierung mit der Nationalen Suizidpräventionsstrategie Empfehlungen für Maßnahmen vor, die das Bundesministerium für Gesundheit, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie weitere Ressorts auf Bundesebene umsetzen können. Zusätzlich beinhaltet die Strategie Empfehlungen an die Länder, in deren Zuständigkeit wichtige Maßnahmen, Handlungsfelder und Hebel für die Suizidprävention fallen, und an weitere Akteure. Die Diakonie zielt ferner darauf ab, den assistierten Suizid in einem angemessenen Verfahren zu regeln.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#)

11. Gerechte und lebenswerte Zukunft: Klimakrise und Armut gemeinsam bekämpfen**Beschreibung:**

Die Klimakrise und Armut muss gemeinsam bekämpft werden. Dafür sind eine sozial-gerechte Klimapolitik, die Stärkung der sozialen Sicherung und eine sozial-gerechte Finanzierung der Transformation notwendig. Die Diakonie schlägt gemeinsam mit anderen mehrere Maßnahmen vor.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]; GG [alle RV hierzu]; HG 2024 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Grundsicherung [alle RV hierzu]; Kinder- und
Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale
Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im
Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406260191](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
Organe [alle SG dorthin]

12. Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts**Beschreibung:**

Die Diakonie Deutschland setzt sich für einen inklusiven Arbeitsmarkt ein. Dazu gehören die Verbesserung der individuellen Förderung, mehr Durchlässigkeit von der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen (WfbM) auf den allgemeinen Arbeitsmarkt, mehr Transparenz bei der Entlohnung sowie eine höhere Entlohnung.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]; SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]; SchwbWV
[alle RV hierzu]; WMVO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Berufliche
Bildung [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges
im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2406260240](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.05.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

2. [**SG2510100025** \(PDF - 13 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

13. [**Krankenhausversorgungsverbesserung**](#)

Beschreibung:

Mit der Krankenhausreform werden laut dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) drei zentrale Ziele verfolgt: Sicherung und Steigerung der Behandlungsqualität, Gewährleistung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung für Patientinnen und Patienten sowie Entbürokratisierung. Die Diakonie Deutschland vertritt mit dem DEKV in dem Reformverfahren die Interessen der evangelischen Krankenhäuser für eine gerechte und faire Krankenhausreform unter der Beachtung der Trägerpluralität sowie die Berücksichtigung von vulnerablen Patient:innengruppen bei der Reform.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/11854 \(Vorgang\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)
Zuständiges Ministerium: [BMG](#) [[alle RV hierzu](#)]

Betroffenes geltendes Recht:

[SGB 5](#) [[alle RV hierzu](#)]; [KHEntgG](#) [[alle RV hierzu](#)]; [KHG](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [[alle RV hierzu](#)]; Gesundheitsversorgung [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [**SG2406260192** \(PDF - 8 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.04.2024 an:

Bundestag

Gremien [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Organe [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

14. Stärkung der Gesundheitsversorgung

Beschreibung:

Eine besser auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten ausgerichtete Gesundheitsversorgung unter Berücksichtigung der Interessen der an der Versorgung mitwirkenden Personen und Berufsgruppen soll mit der Weiterentwicklung des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) erreicht werden. Es sollen die Interessenvertretung der Pflege sowie die Patientenvertretung gestärkt werden, die Entscheidungen der Selbstverwaltung beschleunigt und die Mitsprachemöglichkeiten der Vertretungen der Hebammen, wissenschaftlicher Fachgesellschaften und weiterer Betroffener ausgebaut werden. Die Diakonie bringt mit anderen Wohlfahrtsverbänden Expertise aus der Praxis und für die Betroffenen ein.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11853 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune
(Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB11ÄndG 1 [alle RV hierzu]; BHO [alle RV hierzu]; KHNG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- 1. SG2406260197 (PDF - 19 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

15. Sprachmittlung im Gesundheitswesen

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland setzt sich dafür ein, die Sprachmittlung im Gesundheitswesen im SGB V zu verankern. Eine sichere Verständigung ist Grundvoraussetzung für eine gute gesundheitliche Versorgung. Eine gesetzliche Grundlage zur Inanspruchnahme von Sprachmittlungsleistungen hilft, einen gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zur gesundheitlichen Versorgung für alle Menschen zu ermöglichen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 1 [alle RV hierzu]; SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 10/Kap1/2 [alle RV hierzu]; AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406260206](#) (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

16. Weiterentwicklung der Telematik im Gesundheitswesen**Beschreibung:**

Die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft für Telematik soll zu einer Digitalagentur Gesundheit ausgebaut und insgesamt gestärkt werden soll. Die Diakonie Deutschland fordert dazu im Rahmen der BAGFW u.a., dass der Beirat der Gematik, in dem die BAGFW vertreten ist, künftig auch am Roadmap-Prozess, der die gesetzlichen Aufträge an die Gematik zukünftig ersetzen soll, durch Anhörungs- bzw. Stellungnahmerechte beteiligt werden soll.

Bundesrats-Drucksachennummer:

[BR-Drs. 377/24 \(Vorgang\)](#) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG)

Zuständiges Ministerium: [BMG](#) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): [Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit \(Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG\) \(Vorgang\)](#)

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/13249 \(Vorgang\)](#) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit - (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

17. Pflegekompetenzgesetz

Beschreibung:

Pflegekräfte sollen künftig – gemäß ihren Qualifikationen in der Versorgung – mehr Kompetenzen erhalten. Dazu sollen auf Basis von Erfahrungen, u.a. in Modellprojekten, gesetzliche Regelungen festgelegt werden - dazu bringt sich die Diakonie Deutschland ein.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]; PflBG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

18. Novellierung des Präventionsgesetz

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland setzt sich für eine Stärkung der sozialräumlich ausgerichteten Prävention und Gesundheitsförderung, für eine Neuordnung des präventionsrechtlichen Institutionengeflechts, für enge Kooperationen der Akteure und für mehr Verbindlichkeit ein.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

19. Stärkung von Freiwilligendiensten - Rechtsanspruch

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland setzt sich für bessere Rahmenbedingungen von Freiwilligen ein. Unter anderem fordert sie einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst.

Betroffenes geltendes Recht:

BFDG [alle RV hierzu]; JFDG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

20. **Haushaltsgesetz 2025 (Bundeshaushalt)**

Beschreibung:

Zur Sicherung der sozialen Infrastruktur sind verschiedene Maßnahmen in den jeweiligen Finanz-Einzelplänen der Ressorts im Jahr 2025 notwendig (insbesondere: BMFSFJ, BMI, BMG, BMAS). Die Diakonie Deutschland setzt sich für diese Bereiche in politischen Gesprächen ein, zum Beispiel: Förderung der Wohlfahrtsverbände, Migrationsberatung, Asylverfahrensberatung, Pflege, Eingliederungshilfe, Freiwilligendienste, Demokratieförderung, Armutsbekämpfung und sozial-ökologische Transformation.

Interessenbereiche:

Arbeitslosenversicherung [alle RV hierzu]; Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht /Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Grundsicherung [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Pflegeversicherung [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Religion/Weltanschauung [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Schulische Bildung [alle RV hierzu]; Seniorenpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Vorschulische Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2406260260** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.04.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

2. SG2406260268 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
Organe [alle SG dorthin]

3. SG2409050014 (PDF - 21 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

21. Änderung der Leistungen für Asylwerber:innen

Beschreibung:

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Leistungen für Asylbewerber senken - Rechtliche Spielräume nutzen:

Die Diakonie bringt aus ihrer Beratungspraxis heraus ihre Position ein und schlägt Maßnahmen vor.

Antrag der Fraktion der AfD Sozialstaatsmagnet sofort abstellen – Ende des Rechtskreiswechsels für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und Einführung eines strengen Sachleistungsprinzips für Asylbewerber:

Die Diakonie bringt aus ihrer Beratungspraxis heraus ihre Position ein und schlägt andere Maßnahmen vor.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9740 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Leistungen für Asylbewerber senken - Rechtliche Spielräume nutzen

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/4051 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Sozialstaatsmagnet sofort abstellen - Ende des Rechtskreiswechsels für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und Einführung eines strengen Sachleistungsprinzips für Asylbewerber

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]; SGB 2 [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]; GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Grundsicherung [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406260276 (PDF - 13 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 03.04.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

22. Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen**Beschreibung:**

Zur Stärkung der Strukturen zum Schutz vor sexueller Gewalt und Ausbeutung sowie zur weiteren Stärkung von Prävention und Qualitätsentwicklung im Kinderschutz sollen Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen gestärkt werden; eine forschungsbasierten Berichtspflicht eingeführt werden; Interessen von Menschen, die in Kindheit und Jugend von sexueller Gewalt und Ausbeutung betroffen sind oder waren, stärker verfolgt werden; Aufarbeitungsprozesse in Deutschland fortentwickelt werden; Unterstützungsleistungen zur individuellen Aufarbeitung sichergestellt werden; Prävention und Qualitätsentwicklung im Kinderschutz weiter gestärkt werden. Das Amt der Unabhängigen Bundesbeauftragten gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen soll gesetzlich verankert werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 368/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMFSFJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13183 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMFSFJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]; KKG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260277 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

23. Bezahlkarte für Asylwerber:innen

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland setzt sich, u.a. aus ihrer Beratungserfahrung, kritisch mit der Bezahlkarte für Asylwerber:innen auseinander. Die Diakonie fordert daher Bund, Länder und Kommunen dazu auf, wenn überhaupt, die Bezahlkarte so zu gestalten, dass sie sinnvoll und diskriminierungsfrei eingesetzt wird.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10722 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur rechtssicheren Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz (Bezahlkartengesetz - BezahlkG)

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Grundsicherung [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406270022](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

24. Nachhaltigkeit im Sozialrecht

Beschreibung:

Ziel der Diakonie Deutschland ist es, im Sozialgesetzbuch Regelungen einzufügen, welche die ökologische und soziale Nachhaltigkeit als Gesichtspunkt wirtschaftlicher sozialer Arbeit verankern.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 1 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Grundsicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

25. Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft

Beschreibung:

Mit der Regelung sollen missbräuchliche Anerkennungen der Vaterschaft effektiver verhindert werden. Hinsichtlich der Auswirkungen der geplanten Neuregelungen kann die Diakonie Deutschland auf Erfahrungen zurückgreifen, die diakonische Migrationsfachdienste bei ihrer täglichen Arbeit nah an den Menschen machen. Im Rahmen der Beratungsarbeit spielt die Begleitung und Unterstützung von ausländischen und binationalen Paaren eine bedeutsame Rolle. Verfahren zur Vaterschaftsanerkennung sind regelmäßig Gegenstand der Beratungspraxis der Diakonie Deutschland.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 382/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft

1. Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Gesetz zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft (Vorgang)

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Gesetz zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13255 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft

1. Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Gesetz zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft (Vorgang)

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Gesetz zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]; RuStAG [alle RV hierzu]; PStG [alle RV hierzu]; PStV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406270034 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

26. Wohngemeinnützigkeit

Beschreibung:

Mit dem Jahressteuergesetz möchte die Bundesregierung die Wohngemeinnützigkeit wieder einführen. Die Diakonie Deutschland bezieht auf Grundlage ihrer Praxiserfahrungen und Träger dazu Stellung.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 369/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12780 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

AO 1977 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406270027 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.05.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

2. SG2406270029 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

27. Existenzsicherung**Beschreibung:**

Die Diakonie entwickelt ihre Positionen für eine zukunftsgerechte sozialen Sicherung laufend weiter. Ziel ist die gerechte Ausgestaltung des Sozialstaats, unter anderem eine zukunftsgerechte soziale Sicherung. Dabei bringt sie Positionen aus der Praxis heraus in politische Prozesse sowie Gespräche ein und entwickelt diese laufend weiter.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 1 [alle RV hierzu]; SGB 2 [alle RV hierzu]; SGB 3 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitslosenversicherung [alle RV hierzu]; Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht /Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Grundsicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. **SG2406270033** (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

2. **SG2406270041** (PDF - 29 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

3. **SG2501270005** (PDF - 27 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.01.2025 an:

BundestagFraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]Gremien [alle SG dorthin]**Bundesregierung**Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]**4. SG2508220012 (PDF - 2 Seiten)****Adressatenkreis:**

Versendet am 01.08.2025 an:

BundestagMitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]**5. SG2511060003 (PDF - 4 Seiten)****Adressatenkreis:**

Versendet am 20.12.2024 an:

BundestagMitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]**28. Externalisierung von Asylverfahren****Beschreibung:**

Überlegungen zur Auslagerung von Asylverfahren erteilt die Diakonie Deutschland eine klare Absage. Diese Vorschläge untergraben nicht nur nachhaltig die Idee, dass die Verantwortung für Geflüchtete international gerecht aufgeteilt werden sollte. Sie lassen sich außerdem nicht ohne gravierende Menschenrechtsverletzungen durchführen, funktionieren in der Praxis nicht und verursachen exorbitante Kosten - bei verschwindend geringen Abschiebungszahlen.

Betroffenes geltendes Recht:AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; GG [alle RV hierzu]**Interessenbereiche:**Asyl und Flüchtlingschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]**Stellungnahmen/Gutachten (1):****1. SG2406270045 (PDF - 4 Seiten)****Adressatenkreis:**

Versendet am 23.05.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Gremien [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Organe [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [[alle SG dorthin](#)]

29. Rechtliche Verankerung: Unabhängiges Abschiebungsmonitoring

Beschreibung:

Seit etwa 20 Jahren führen die Kirchen und ihre Werke behördunabhängiges Abschiebungsmonitoring an verschiedenen Orten in Deutschland durch. Sie erfüllen damit de facto die Aufgaben einer seit 2008 in der sog. EU-Rückführungsrichtlinie geforderten, aber in Deutschland bislang nicht in nationales Recht umgesetzten, Einführung eines Rückführungsmonitorings. Damit diese Aufgaben weiterhin richtlinienkonform und künftig auch umfassend wahrgenommen werden können, fordert die Diakonie Deutschland die rechtliche Verankerung und Erweiterung eines behördunabhängigen Abschiebungsmonitorings.

Betroffenes geltendes Recht:

[AsylVfG 1992](#) [[alle RV hierzu](#)]; [AufenthG 2004](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [[alle RV hierzu](#)]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [[alle RV hierzu](#)]; Integration [[alle RV hierzu](#)]; Migration [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- [**SG2406270060**](#) ([PDF - 7 Seiten](#))

Adressatenkreis:

Versendet am 14.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Gremien [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

30. Zwangsbehandlungen psychisch erkrankter Menschen und von Menschen mit Demenz

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland setzt sich u.a. für Menschen ein, die schwer psychisch erkrankt sind. Von einigen Akteuren werden ambulante Zwangsbehandlungen für diese Menschen ins Spiel gebracht. Aus Sicht der Diakonie Deutschland sind jedoch zunächst die bestehenden Versorgungsdefizite in den Blick zu nehmen und zu beheben. Zwangsmaßnahmen bzw. der Ruf nach solchen sind immer auch im Kontext der Qualität, Verfügbarkeit und Vernetzung der regionalen, psychiatrischen Versorgungsstrukturen zu sehen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

31. Bürgerfreundliche Umsetzung des SGB II

Beschreibung:

Die DD zeigt Mängeln in der Umsetzung des SGB II durch Jobcenter, auf und fordert Lösungsansätze für eine bürgerfreundliche und rechtskonforme Umsetzung des SGB II ein.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitslosenversicherung [alle RV hierzu]; Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Grundsicherung [alle RV hierzu]

32. Menschenwürdiges Existenzminimum in der sozial-ökologischen Transformation

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland entwickelt die Regelsatzberechnung weiter - sie soll erweitert werden um sozial-ökologische Kriterien. So soll das Konzept aktualisiert und an aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen angepasst werden. Ziel ist es, aufzuzeigen, wie eine armutsfeste, an ökologischen Kriterien ausgerichtete Existenzsicherung möglich ist, um diese Konzepte in politische Prozesse einbringen zu können und zu erreichen, dass die ökologische Transformation sozial gerecht gestaltet wird und Teilhabe auch für Menschen in Grundsicherungsbezug ermöglicht.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Grundsicherung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2508190015 \(PDF - 6 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versetzt am 01.02.2025 an:

Bundestag

Faktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

33. Sozial-ökologische Transformation

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland setzt sich für Maßnahme ein, die eine sozial-ökologische Transformation ermöglichen.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]; SGB 1 [alle RV hierzu]; SGB 2 [alle RV hierzu]; KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu];

Grundsicherung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2501270006 \(PDF - 11 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versetzt am 18.12.2024 an:

Bundestag

Faktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

34. EU-Klimasozialfonds

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland setzt sich für gute Kriterien bei der Auswahl von sozial-gerechten Klimaschutzmaßn. in der Umsetzung des EU-Klima-Sozialfonds ein. Ab 2027 werden mit dem neuen EU-Emissionshandel (ETS-2) erstmalig Preise auf den Ausstoß von CO2 in den Bereichen Gebäude und Verkehr erhoben. Der neue ETS ist wichtig, um die Klimaziele zu erreichen. Preise für Öl, Gas und Benzin werden dadurch steigen. Damit besonders betroffene Haushalte entlastet werden, stellt die EU einen Klima-Sozialfonds bereit. Voraussetzung: Die EU-Mitgliedstaaten müssen Klima-Sozialpläne mit

Maßnahmenvorschlägen bei der EU-Kommission einreichen. Ein Bündnis aus Klima-, Umwelt- u. Sozialvb. fordert in einem 5-Punkte-Plan von der BReg. einen Fahrplan, der den ETS so gestaltet, dass er wirkt u. nicht überfordert.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. [SG2508190009](#) (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.06.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)
Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)
Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)
Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Verkehr (BMV) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2508190013](#) (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. [SG2508190014](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.12.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

35. Weiterentwicklung von Pflegeleistungen für Menschen mit Behinderung in Besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe nach § 43a SGB XI

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland setzt sich für eine Weiterentwicklung von § 43a SGB XI in Verschränkung mit der Eingliederungshilfe nach SGB IX ein. Aus Sicht der Diakonie Deutschland würde ohne Veränderung die Bemessung und Vergütung pflegerischer Leistungen für den Personenkreis in Besonderen Wohnformen die Leistungslücken zunehmen, sodass ein Aufwuchs von Leistungsnehmer/innen mit einer Unterversorgung pflegerischer Bedarfe in den Besonderen Wohnformen zu erwarten ist.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2501270009](#) (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.11.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

36. Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland bringt auf Grundlage ihrer Erfahrungen in der Migrations-Sozialarbeit ihre Positionen bei der Umsetzung des Vorhabens ein. Konkret geht es hier um die menschenwürdige Ausgestaltung der Rechtsberatung, um das Asylverfahren, um Einschränkung von Bewegungsfreiheit, um die Gestaltung von Asyl-Folgeanträgen, um Minderjährigenschutz, um die Regelung sicherer Herkunftsstaaten und um Leistungen (medizinische, Existenzsicherung).

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13963 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Anpassungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1848 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Anpassungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 429/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Anpassungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; AZRG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- SG2501270012 (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versetzt am 18.10.2024 an:

Bundestag

Faktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

37. Neugestaltung der inneren Sicherheit und des Asylsystems

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland sieht sich zu einigen ausgewählten Punkten des oben genannten Gesetzentwurfs veranlasst Stellung zu nehmen. Die geplanten Regelungen wirken sich zum Teil erheblich auf die Grund- und Menschenrechte von Schutzsuchenden in Deutschland aus und berühren das Arbeitsfeld unserer Migrationssozialarbeit. Wir sehen es kritisch, dass diese weitreichenden Grundrechtseingriffe in einem gesetzgeberischen Schnellverfahren ohne Verbändebeteiligung beschlossen werden sollen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12805 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2501270014 \(PDF - 5 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.09.2024 an:

Bundestag

Faktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

38. Wohnraum im Bestand modernisieren

Beschreibung:

Die Diakonie setzt sich im Sinne der sozialen Gerechtigkeit für die Förderung von Wohnraumagenturen, die Eigentümer:innen beraten; die Förderung von Umbaumaßnahmen, die zusätzlichen Wohnraum schaffen; die Schaffung einer Koordinierungsstelle für intergenerationale Wohnpartenchaften und eine Einführung einer Wiedervermietungsprämie ein.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

39. Elektronische Gesundheitskarte für Asylsuchende einführen

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland fordert den deutschen Bundestag auf, die bundesweite Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylsuchende im Rahmen des Bürokratieentlastungsgesetzes für das Gesundheitswesen umzusetzen und die bestehenden Hürden im Zugang zu gesundheitlicher Versorgung so wirksam und nachhaltig zu reduzieren.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2501280004](#) (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

40. Bekämpfung von Kinderarmut

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland setzt sich dafür ein, dass sich Infrastrukturleistungen für Kinder, Jugendliche und Familien sowie monetäre Leistungen im Kampf sinnvoll ergänzen. Die familienbezogenen Leistungen gemäß § 16 SGB VIII ohne individuellen Rechtsanspruch (z. B. Familienbildung, Familienberatung und Familienerholung) sowie die (offene) Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit müssen als Pflichtaufgaben angesehen und verbindlich umgesetzt werden. Die Diakonie fordert einen einfachen Zugang zu Leistungen sowie präventive Maßnahmen bei der Bekämpfung von Kinderarmut

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]; SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2501280001](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.07.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

41. Bundeseinheitliche Pflegeassistenzausbildung/Pflegehelferausbildung, Änderung des Pflegeberufegesetzes

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland setzt sich für die Schaffung eines eigenständigen und klaren Berufsprofils für die Pflegeassistenz als Heilberuf mit der Finanzierung über den Ausbildungsfond der Länder nach dem Pflegeberufegesetz ein. Die Diakonie setzt sich für eine 18-monatige Pflegeassistenzausbildung ein.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13634 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistenzausbildung (Pflegefachassistenteneinführungsgesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

PflBG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Pflege [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2501280005** (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.08.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. **SG2511050005** (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

42. Gute Gesundheitsversorgung für Menschen mit Behinderung

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland setzt sich dafür ein, spezialisierte Krankenhäuser für die Versorgung von Menschen mit Behinderungen und eine Finanzierung nach dem Selbstkostendeckungsprinzip einzuführen. Die Diakonie Deutschland setzt sich für die Festlegung von Mindeststandards für die Barrierefreiheit von Gesundheitseinrichtungen, die Berücksichtigung von Barrierefreiheit bei der Nachbesetzung von vertragsärztlichen Praxen, eine Stärkung der Fort- und Weiterbildung des Gesundheitsfachpersonals, die Etablierung von Kompetenzteams und Ansprechpersonen für die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen in Krankenhäusern der stationären Regelversorgung, flächendeckenden Ausbau der bestehenden MZEB-Strukturen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11854 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)
Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

43. Rahmenbedingungen von Leiharbeit

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland bringt ihre Positionen in der Gestaltung von Leiharbeit ein. Dabei thematisiert sie die den nicht vorhandenen rechtlichen Rahmen für konstruktivere Alternativ-Modelle. Die Diakonie Deutschland fordert wirtschaftlichen und rechtlichen Spielraum für die Entwicklung von Springer-Konzepten. Die Stärkung von konstruktiveren Alternativen könnte so die Bedeutung von Leiharbeit reduzieren. Letztlich versuchen alle Vorhalte-Konzepte die Symptome des eigentlichen Problems Personalmangel zu lindern. Über Einzelmaßnahmen in Bezug auf Vorhaltekonzepte hinaus muss das Ziel wirksamer Strategien gegen den Personalmangel im Auge bleiben.

Betroffenes geltendes Recht:

AÜG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Pflege [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

44. Schuldnerberatungsdienstgesetz

Beschreibung:

Erstmals soll in einem Bundesgesetz ein Zugang zu unabhängiger Schuldnerberatung für alle Verbraucher mit finanz. Schwierigkeiten verankert werden. Die AG SBV begrüßt dies, betont jedoch, dass derzeit keine bundesweit ausreichende Struktur existiert, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Insbesondere erwerbstätige, studierende oder rentenbeziehende Personen

sind bislang weitgehend vom Zugang zur Beratung ausgeschlossen. Um Teilhabe und Prävention zu sichern, fordert die AG SBV, eine Kostenfreiheit für Ratsuchende festzuschreiben, eine generelle Zuständigkeit für Schuldnerberatungsdienste auf Landesebene mit konkreten Landesausführungsgesetzen zu schaffen, sowie einen Personalschlüssel von 2 Beratungskräften pro 50.000 Einwohnern festzulegen u.mit entspr. Erfüllungsaufwand zu benennen.

Referentenentwurf:

Gesetz über den Zugang zu Schuldnerberatungsdiensten für Verbraucher
(Schuldnerberatungsdienstegesetz - SchuBerDG) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 23.06.2025

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]; InsO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508210010 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

45. Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung

Beschreibung:

Ziel des Gesetzesentwurfs ist eine bürokratiearme, transparente und bürgerfreundliche Arbeitsförderung und Arbeitslosenversicherung. Hierzu sollen der Vermittlungsprozess weiterentwickelt, das Recht der Arbeitslosenversicherung vereinfacht und vorhandene Förderinstrumente angepasst werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12779 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung (SGB-III-Modernisierungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 3 [alle RV hierzu]; SGB 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitslosenversicherung [alle RV hierzu]; Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht /Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2508220009](#) (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

46. Gesundheitsregionen**Beschreibung:**

Die Diakonie setzt sich dafür ein, dass das Vorhaben, eine gesetzliche Grundlage für Gesundheitsregionen im SGB V zu schaffen, in der nächsten Legislatur wieder aufgegriffen wird und macht Handlungsempfehlungen zur konkreten Ausgestaltung von Gesundheitsregionen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2509300192](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

47. Arbeitsmarktintegration von langzeitarbeitslosen Menschen**Beschreibung:**

Die Diakonie Deutschland setzt sich ein für eine bessere, passgenauere Begleitung und Förderung von langzeitarbeitslosen Menschen im Bürgergeld ein.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510100020 (PDF - 538 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.07.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

48. Gesundheit Unteilbar**Beschreibung:**

Die Diakonie unterstützt den Appell "Gesundheit Unteilbar" von Ärzte der Welt gegen ausgrenzende und populistische Narrative und für einen verbesserten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für alle Menschen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511050007 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.02.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

49. Notfallreform

Beschreibung:

Die Diakonie setzt sich dafür ein, dass die medizinische Notfallversorgung verbessert wird und Patient:innen schneller in die richtige Versorgungsebene geführt werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung

Datum des Referentenentwurfs: 07.06.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511050011 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

50. Krankenhaustransformationsfonds

Beschreibung:

Die Diakonie setzt sich dafür ein, dass auch Maßnahmen zur Stärkung der Barrierefreiheit von Krankenhäusern aus dem Transformationsfonds zu fördern sind.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 64/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zur Verwaltung des Transformationsfonds im Krankenhausbereich
(Krankenhaustransformationsfonds-Verordnung - KHTFV)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Verordnung zur Verwaltung des Transformationsfonds im Krankenhausbereich (Krankenhaustransformationsfonds-Verordnung - KHTFV) (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

KHTFV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511050012 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

51. AGG-Reform

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland setzt sich für eine Reform des AGG ein, insbesondere für die Umsetzung der EU-Richtlinien über Standards von Gleichbehandlungsstellen.

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Religion/Weltanschauung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511050013 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

52. Jahressteuergesetz 2025

Beschreibung:

In verschiedenen Bereichen des deutschen Steuerrechts hat sich fachlich gebotener Gesetzgebungsbedarf ergeben. Dieser resultiert insbesondere durch notw. Anpassungen an EU-Recht u. EuGH-Rechtsprechung sowie Reaktionen auf Rechtsprechung des BVerfG. und des Bundesfinanzhofs. Daneben besteht ein Erfordernis zur Regelung von Verfahrens- u. Zuständigkeitsfragen, Folgeänderungen, Anpassungen aufgrund von vorangegangenen Gesetzesänderungen und Fehlerkorrekturen. Darüber hinaus ist das Vorhaben im Koalitionsvertrag zur Modernisierung des Gemeinnützigekeitsrechts gesetzgeberisch umzusetzen. Das JStG2025 greift diesen Gesetzgebungsbedarf auf. Die Diakonie bringt gemeinsam mit anderen Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege ihre Position für die Handlungsbereiche, in denen sie tätig ist, dazu ein.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1974 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 2025

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 474/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 2025

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

UStG 1980 [alle RV hierzu]; AO 1977 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2511050015](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

53. Familiennachzug**Beschreibung:**

Die Diakonie Deutschland kritisiert die beschlossene Aussetzung des Familiennachzuges für geflüchtete Menschen mit subsidiären Schutzstatus. Aus Sicht der Diakonie Deutschland sendet die Bundesregierung mit der Aussetzung des Familiennachzuges ein falsches Signal an die in Deutschland lebenden Schutzberechtigten, die sich integrieren wollen und bereits seit Jahren auf den Nachzug ihrer Angehörigen warten. Das Ziel, Migration zu reduzieren, darf nicht zulasten von Familien gehen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/321 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2511060022](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.05.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

2. [SG2511060023](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.05.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

54. Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (Turboeinbürgerung)

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland bedauert das Aus der Turboeinbürgerung und sieht darin eine vertane Chance. Für Einbürgerungswillige, die bereits einen Antrag gestellt haben, fordert die Diakonie eine Übergangsregelung.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 21/537](#) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Zuständiges Ministerium: [BMI](#) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

[RuStAG](#) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2511060024 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [\[alle SG dorthin\]](#)

55. Verlängerung des europaweiten Schutzes für Ukrainer:innen

Beschreibung:

Der temporäre Schutzes für Ukrainer*innen läuft Ende März 2026 aus. Gemeinsam mit anderen NGOs in der EU fordert die DD die Fortführung des Schutzes mittels einer Übergangsregelung. Ziel: Verlängerung der EU-Richtlinie zum temporären Schutz („Massenzustromsrichtlinie“) für ukrainische Kriegsflüchtlinge über März 2026 hinaus. Das Statement ist bewusst auch für nationale Organisationen geöffnet worden, um die Notwendigkeit eines einheitlichen EU-Schutzstatus zu betonen.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [\[alle RV hierzu\]](#); UkraineAufenthFGV [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Integration [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2511070006 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

56. Debatte zu Prostitution und Sexkaufverbot

Beschreibung:

Die Diakonie Deutschland lehnt ein Sexkaufverbot nach Nordischem Modell ab.

Bundestags-Drucksachensnummer:

BT-Drs. 20/10384 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden - Sexkauf bestrafen

Betroffenes geltendes Recht:

ProstSchG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2512050022](#) (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (19):

1. Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

50679 Köln

Betrag: 4.530.001 bis 4.540.000 Euro

Zuwendung des Bundes als Projektförderung für die Maßnahme "Durchführung zentraler und internationaler Aufgaben" (Titel 684 04 des Bundeshaushalts)

2. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

10117 Berlin

Betrag: 4.260.001 bis 4.270.000 Euro

Zuwendung des für Maßnahmen der Beratung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen (Titel 68405)

3. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

10117 Berlin

Betrag: 760.001 bis 770.000 Euro

Zuwendung aus Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) -Förderung gemäß Rahmenvereinbarung im Handlungsfeld V. Weitere bundeszentrale Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe (Titel 68401)

4. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
10117 Berlin

Betrag: 120.001 bis 130.000 Euro

Zuwendung für das Demokratie leben! - Projekt: Demokratiebildung in evangelischen Kitas und Familienbildungseinrichtungen (Titel 68405)

5. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
10117 Berlin

Betrag: 410.001 bis 420.000 Euro

Zuwendung für Projekt Zukunftssicherung der Freien Wohlfahrtspflege durch Digitalisierung

6. Bundesministerium des Innern und für Heimat

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
10557 Berlin

Betrag: 110.001 bis 120.000 Euro

Förderung und Stärkung demokratischer Strukturen und Zusammenhalt gegen Extremismus im ländlichen, strukturschwachen Raum

7. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
10117 Berlin

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Demokratie leben! - Projekt: Verschwörungsdenken und Antisemitismus - erkennen, verstehen, aktiv werden

8. Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
10557 Berlin

Betrag: 1.350.001 bis 1.360.000 Euro

Gesellschaftlicher Zusammenhalt - Vor Ort. Vernetzt. Verbunden. Titel 68414

9. Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
10557 Berlin

Betrag: 12.300.001 bis 12.310.000 Euro

Zuwendung für die Migrationsberatung (MBE) für erwachsene Zuwanderer (Titel 68413)

10. Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
10557 Berlin

Betrag: 6.070.001 bis 6.080.000 Euro

Asylverfahrensberatung, Titel 68462

- 11. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration für Maßnahmen zur Förderung der Integration von Zugewanderten**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
10557 Berlin
Betrag: 440.001 bis 450.000 Euro
Zuwendung für Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen mit Fluchterfahrung bzw. anderer besonders schutzbedürftiger Personengruppen (bundesweit)
- 12. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration für Maßnahmen zur Förderung der Integration von Zugewanderten**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
10557 Berlin
Betrag: 210.001 bis 220.000 Euro
Integrationspolitische Maßnahmen - Projekt: Vorintegration und Übergangsmanagement: Vorintegrative Beratung und trans-nationale Begleitung von Migration im Rahmen von Internationaler Migrationssozialarbeit, Titel 53101
- 13. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
10117 Berlin
Betrag: 690.001 bis 700.000 Euro
Schuldnerberatung für Seniorinnen und Senioren
- 14. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
11017 Berlin
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
Organisation und Durchführung des Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen, Titel 68402
- 15. Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
10557 Berlin
Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro
Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer - sonstige Maßnahmen - Webseite , Titel 68413
- 16. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Nürnberg
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
Asyl- und Migrationsfonds AMIF "Erfolg durch Vielfalt"
- 17. Deutsche Rentenversicherung Bund**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Berlin
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Verbesserung der Nachsorge suchtkranker Menschen (nach §31 Abs. 1 Nr. 3)

18. Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Interkulturelle Öffnung - Führungsaufgabe in einer Diakonie der Vielfalt

19. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

10117 Berlin

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Klimabeauftragte, Titel 68501

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

910.001 bis 920.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1.800.001 bis 1.810.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Jahresabschluss-2024-Bilanz.pdf](#)